

# Danziger Zeitung

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.



Nr. 21185.

1895.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Kettnerhagergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltenen gewöhnlichen Schriftseiten oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inserieren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

## Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

\*\* Berlin, 6. Februar.

Die socialpolitische Debatte, welche die heutige Sitzung des Reichstages ausfüllte und noch eine weitere Sitzung in Anspruch nehmen wird, war veranlaßt durch die Interpellation des Centrums, die darauf hinausgeht,

ob in Ausführung der kaiserlichen Erklasse vom 4. Februar 1890 die Bildung von Arbeiterversammlungen in Aussicht genommen sei und ob insbesondere die Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeiterkammern) „um freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden“ auch gegenüber den Staatsbehörden baldigst erwartet werden darf.

Außer dem Interpellanten, dem Centrumsabgeordneten Hiltz, ergriffen noch aus dem Hause die Abg. Möller (nat.-lib.), Fischer (soc.) und v. Kardorff (Reichsp.) das Wort. Möller wünschte Stillstand in der socialpolitischen Gesetzgebung, welche der Industrie schon jetzt ungeheure Lasten aufgebürdet habe, während der Abg. Fischer eine abfällige Kritik an der Zauderpolitik der Regierung übte. Seine Ausführungen gipfelten in der Aeußerung: „Das sociale Königthum capitulirt vor dem Kapitalismus.“ Das Bemerkenswerteste war die Stellungnahme der Regierung. Während der Reichskanzler in seiner Erklärung von ganz allgemeiner Fassung Hoffnungen für die Interpellation erweckte, gab später der preußische Handelsminister Freiherr v. Berlepsch eine Erläuterung, die keinen Zweifel daran aufkommen ließ, daß vorläufig eine weitere Schaffung von Arbeiterorganisationen nicht beabsichtigt ist und zwar aus Furcht davor, daß wie bisher dieselben nur zu socialdemokratischen Agitationen ausgenutzt werden könnten. Mit dieser Erklärung des Handelsministers war der Abg. v. Kardorff zufrieden gestellt, nach dessen Rede die Debatte um 5 Uhr auf morgen 1 Uhr vertagt wurde.

Abg. Dr. Hiltz (Centr.): Große Hoffnungen knüpfen sich an die Berufung der Arbeiterschutz-Conferenz durch den Kaiser. Diese Hoffnungen haben sich erfüllt. Wir sind hinstinklich des Arbeiterschutzes wenigstens in die gleiche Reihe mit den anderen Staaten gerückt. Wie das Centrum sich zu der Arbeiterschutzgesetzgebung verhalten hat, ist bekannt. Es hat an dem Zustandekommen des Kranken- und Unfallgesetzes mitgearbeitet. Nur gegen das Invaliditäts- und Altersgesetz hat es sich ausgesprochen, aber lediglich aus organisatorischen Bedenken. Die Erhaltung des socialpolitischen Eisers ist zu bedauern, um so mehr angesichts der Umsturzvorlage, von der im Lande der Glaube gilt, daß sie die Arbeiter dummk machen will. Wir freuen uns des Erlasses vom Jahre 1890 und

der Reichskanzler hat in seiner programmatischen Erklärung Ähnliches geäußert. Aber wir wollen endlich Thaten sehen. Es muß auch den Arbeitern die gesetzliche Möglichkeit zu ihrer Organisation gegeben werden. Die Arbeiter empfinden das Bedürfnis nach Sterbekassen, nach Arbeitsnachweis, nach Hilfe bei unverschuldeten Arbeitslosigkeit. Wir müssen es den Arbeitern ermöglichen, solche Organisationen sich selbst zu schaffen. Das ist auch eine Consequenz der Coalitionsfreiheit. Die Sorge, daß diese Berufsorganisationen der Socialdemokratie in die Hände fallen würden, ist unbegründet. Gerade der Mangel an Organisation ist es, der die Arbeiter bei Arbeitslosigkeit der Socialdemokratie zuführt. Auch Arbeiterkammern sind nothwendig, damit wir wissen, was die Arbeiter wünschen. Eine organisierte Vertretung der Arbeiter ist ebenso nothwendig, wie die der Arbeitgeber. Wir müssen mit dem Selbstbewußtsein der Arbeiter rechnen. Wir haben es heute mit modernen Menschen zu thun. Die socialdemokratische Krankheit kann nur überwunden werden, wenn wir den Arbeitern volle Coalitionsfreiheit geben. (Beifall im Centrum).

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Die allgemeine Stellung des Bundesrates zu der in der Interpellation angeregten Frage ist aus den früheren Berathungen des Reichstages bekannt. Eine generelle Berathung im Bundesrat hat neuerdings nicht stattgefunden. Es besteht aber wenigstens bei der königlichen preußischen Regierung kein Zweifel, daß es ihre Aufgabe ist, das Programm des allerhöchsten Erlasses vom 4. Februar 1890 zur Durchführung zu bringen. Die Beantwortung der Frage, ob eine baldige Einbringung eines Gesetzentwurfs im Sinne des zweiten Theiles der Interpellation stattfinden wird, ist zur Zeit nicht möglich, weil die Vorarbeiten noch kein genügendes Resultat ergeben haben.

Abg. Möller (nat.-lib.): Herr Hiltz hat eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit verlangt. Ich meine, wir sind in der Arbeiterversicherung bereits so weit gegangen, daß es vorläufig nicht so weiter gehen kann. Wir sind so weit den anderen Staaten vorausgegangen, daß sie freuen würden, wenn sie erst dasselbe erreicht hätten. Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wird überhaupt nur im engen lokalen und kommunalen Rahmen möglich sein. Der Arbeitsnachweis wird von der Socialdemokratie nur zur Erweiterung ihrer politischen Macht angestrebt. Deshalb bin ich ein Gegner dieser Organisation, sofern sie nicht völlig von politischen Zielen und Agitationen losgelöst wird. Gerade auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises werden sich in Zukunft die größten politischen Kämpfe abspielen. Arbeiterorganisationen, wie Abg. Hiltz sie vorschlägt, sind ein Unding. Die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind dieselben. Bei der Durchführung von Hiltzs Vorschlag würde aber das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit verloren gehen. Unter den Arbeitern würde es zum Terrorismus kommen. Nachdem bereits die Gewerberichter Socialdemokratie sind, sollte man sich doch hüten, noch weiter zu gehen. Nützlich wären solche Einrichtungen nur, wenn sie gemeinsam mit den Arbeitgebern organisiert würden. Hüten Sie sich vor einer Erweiterung auf diesem Gebiet. Sie legen damit nur der Industrie neue Lasten auf und zwar zum Schaden des Einkommens der Arbeiter.

„Würden Sie diesen hier für einen derselben halten?“ Dabei zog er einen großen Anopf aus der Tasche, an dem ein Stück Zeug hing, als sei er von dem Rock abgerissen.

„Ja, das ist einer“, rief Bettie.

„Sie haben Briefe von Fräulein Terris in ihrem Zimmer umherliegen sehen, nicht wahr, Mademoiselle!“

„Freilich, einen oder zwei.“

„Haben Sie eine ähnliche Handschrift schon einmal gesehen?“

Die Handschrift auf dem Papier, das er ihr hinhieß, war weitläufig und augenscheinlich absichtlich ver stellt.

„Nein, niemals.“

„Gibt Sie Ihrer Sache sicher?“

„Ganz sicher.“

„Sehen Sie dies Schriftstück noch einmal an. Sie können es lesen.“

Es war ein halber Bogen, der im Wasser gelegen zu haben schien, und das Geschriebene bestand aus drei Zeilen. Eine Anrede fehlte; die Worte lauteten einfach:

„Ich schwöre, daß ich glaubte, du wärst tot. Wie hast du mich aufgespürt? Morgen will ich mit dir zusammen treffen, um —“

Hier war das Papier abgerissen und der übrige Theil des Briefes fehlte.

Bettie hatte die Vermißte niemals einen Brief mit ähnlicher Handschrift lesen sehen.

„Ich glaube, das wäre alles, wonach wir die junge Dame zu fragen hätten“, sagte der fremde Herr, sich zu Madame de Bracieux wendend.

„Dürfen wir jetzt das Schlafzimmer durchsuchen?“

„Gewiß.“

Madame de Bracieux zog die Klingel.

„Julie, führe die Herren!“ — sie machte eine bezeichnende Handbewegung nach dem Gendarmen und dem anderen im Civil — „in Fräulein Terris Zimmer, sie wollen ihre Rösser und Schubladen durchsuchen.“

„Madame, was hat das alles zu bedeuten?“ fragte Bettie auf Englisch, als sich die Thür hinter den Drei geschlossen.

„Es war ein sehr großkarriertes Muster und die Knöpfe waren so auffallend“, meinte sie.

Abg. Fischer (soc.): Der kaiserliche Erlass vom Jahre 1890 wünscht auch eine Regelung der Arbeit und der Dauer der Arbeit im Interesse der Gleichberechtigung der Arbeiter. Daran sollte man jetzt um so mehr angesichts der Umsturzvorlage sich erinnern. Trotz der Wichtigkeit der Sache hat aber die Regierung in fünf Jahren noch keine Zeit zur Regelung gefunden. Nach den Erklärungen des Reichskanzlers, die Regierung könnte nicht sagen, ob baldigst ein Gesetzentwurf in dieser Hinsicht eingebracht werden würde, hört aller Optimismus auf. Wenn nur in den leitenden Kreisen der gute Wille vorhanden wäre, würde es schon gehen. Statt dessen aber ist die Umsturzvorlage eingebrochen, die nichts anderes bedeutet als die Unterwerfung der Regierung unter die Interessen des Kapitalismus. Ich gehöre nicht so weit wie Fürst Bismarck, der die kaiserlichen Erlassen seiner Zeit ein Wahlmanöver genannt hat. Jedenfalls hat das sociale Königthum capituliert zu Gunsten des Kapitalismus. Die Staatsanstalten sind wahre Musteranstalten kapitalistischer Ausbeutung. Wenn der Abgeordnete Möller von einem Parteiterritorialismus beim Arbeitsnachweis gesprochen hat, so sollte er es am wenigsten thun, denn seine Wahl ist lediglich ein Product des schamlosen Parteiterritorialismus. In welcher Weise werden nicht die Untergangenen der Staatsbetriebe geknechtet? Haben nicht alle Minister versucht, daß unter den Staatsarbeitern keine Socialdemokraten geduldet werden? Und dabei kann man socialdemokratische Arbeiter nicht einmal vom königlichen Schlosse ausschließen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch schildert die Verhetzung der Arbeiter bei dem Ausstand im Saargebiet und bei anderen Gelegenheiten, wo die Verhetzung sogar gegen die Beamten ausgedehnt wurde. Der Minister führt weiter aus, wie die Socialdemokraten schon die Krankenkassen und die gewerblichen Schiedsgerichte an sich zu bringen gewußt haben und nur mit politischen Geflüngegenissen besetzt. Die Socialdemokraten gehen dabei nur darauf aus, Unzufriedenheit zu verbreiten. Unwahr ist es, daß die Regierung sich in den Dienst des Unternehmertums gestellt habe. Es ist lediglich ein Gebot der Vorstufe, auf diesem Wege nicht weiter vorzugehen und die socialdemokratische Agitation nicht durch ein neues Gesetz zu verstärken; die Socialdemokratie würde dann nur ihr gefährliches Gift in verstärkten Dosen in die Arbeiterkreise tragen. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (freicons.): Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers konnte verschieden ausgelegt werden, aber nach den Erklärungen des Handelsministers bin ich beruhigt, und mit dem gefährlichen Experimente, welches Herr Hiltz vorschlägt, hat es gute Wege. Redner erklärt sich mit großer Entschiedenheit gegen jede weitere Arbeiterorganisation, die nur eine neue große Belastung der durch die socialpolitische Gesetzgebung ohnehin schon schwer betroffenen Industrie bedeuten würde. Er verliest eine Stelle aus einem Brief, der ihm gestern zugegangen ist, in welchem ausgeführt wird, daß durch diese Belastung der Industrie die deutsche Kohle sich der englischen gegenüber nicht mehr behaupten könnte. Darauf wird die Debatte geschlossen. Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Berlin, 6. Februar. Die Abg. Frhr. v. Stumm

„Liebes Kind, etwas sehr Trauriges hat sich ereignet. Fräulein Terris ist ertrunken im Flusse gefunden worden. Ach, werde nur nicht ohnmächtig“, rief sie erschrocken, als das junge Mädchen in einen Gessel sank.

„Ich werde nicht ohnmächtig. Oh, wie entsetzlich! Dies arme Fräulein Terris!“

„Es ist noch grafflicher. Man vermutet, daß sie hingerichtet worden, weil sie den Zeichen Zeug mit dem Anopf mit der Hand umklammert hielt und den Brief in der Tasche hatte. Ach, Liebste, welche Skandalgeschichte für meine Anstalt!“

Bettie beachtete Madame de Bracieux's Thränen nicht weiter. Sie war wie gelähmt vor Entzücken. Es schien undenkbar, daß Fräulein Terris tot — ertrunken — ermordet sein sollte!

„Wissen Sie gewiß, daß sie es wirklich ist? Die Leute kennen sie nicht; vielleicht liegt ein Irrthum vor?“

Die Vorsteherin schüttelte den Kopf.

„Der Gendarm holte mich vor einer Stunde ab. In der Tasche der Ertrunkenen hatte sich ein Briefumschlag mit meiner Adresse gefunden und man schickte nach mir, damit ich die Leiche bestaufen sollte.“

„Ach, armes Fräulein Terris!“ rief Bettie und brach plötzlich in Thränen aus.

Madame de Bracieux weinte auch — Thränen des Mitleids mit sich selbst und mit der Toten. Die Furcht und die Abneigung, die das Fräulein hervorgerufen hatte, so lange sie noch unter den Lebenden weilte, waren vergessen.

„Ich möchte wissen, ob sie dem Schreiber jenes Briefes auf die Spur kommen werden? Aber es ist kaum anzunehmen, die Handschrift war allzu sehr ver stellt“, meinte Madame, als sie die Schritte der Männer hörte, die von ihren Nachforschungen zurückkehrten.

Aber es war nichts aufgefunden worden — der Thräning, den die Ertrunkene an einer Kette um den Hals trug, wurde für das Eigentum ihrer Mutter gehalten — und es wurde auch ferner nichts von der Pariser Geheimpolizei ent-

deckt, was ein Licht auf den dunklen Vorfall hätte werfen können.

Isabella Terris' Leben schien frei von aller Romantik gewesen zu sein. Sie war in einem Waisenhaus erzogen worden, und seitdem sie es verlassen, Lehrerin an verschiedenen Schulen gewesen. Ihre Ferien hatte sie, mit einer einzigen Ausnahme, entweder in der Anstalt, an der sie gerade angestellt war, verbracht, oder sie hatte in irgend einer Familie ein Ferien-Engagement angenommen. Die eine Ausnahme bildeten sechs Wochen, die sie in einem abgeschiedenen Dorfe in Wales verlebt, aber hier hatte sie ancheinend mit niemand gesprochen und ihre Zeit dazu benutzt, Skizzen nach der Natur zu entwerfen. Sie war eine strenge, unschöne Person, der niemand weichere Regungen zugetraut hatte, und es lagen Beweise vor, daß sie in ihrer frühesten Jugend dieselbe gewesen wie in reiferem Alter. Wer war der Mann, der am Abend vor ihrem Tode mit ihr zusammen gewesen? Wessen Schriftzüge trug der Briefbogen, der in ihrer Tasche gefunden worden war?

Niemand vermochte diese Fragen zu beantworten. Daß der Mensch, der an jenem Abend an ihrer Seite gewesen, und der Schreiber des Briefes identisch waren, wurde fast als Gewißheit angesehen; und daß der Mann, den Bettie mit ihr zusammen gesehen, der Mörder wäre, stand ebenso unumstößlich fest — wenn nicht in den Augen der betreffenden Behörden, doch jedenfalls bei Bettie und ihren Schul-

gefährten.

Des Präidenten v. Levetzow gestrige Bemerkung wurde im Hause mißverstanden. Sie lautete: „Das Haus ist nicht beschlußfähig, würde auch nicht beschlußfähig gewesen sein, wenn nicht eine Anzahl von Mitgliedern vor Aufruf ihres Namens den Saal verlassen hätten.“

## Preußisches Abgeordnetenhaus.

(Telegraphischer Bericht.)

□ Berlin, 6. Februar.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute außer dem Fortsetz. (vergl. den telegraphischen Bericht in der gestrigen Abendnummer) noch 21 andere kleine Sätze in kurzer Sitzung, die bereits um 8 Uhr zu Ende war, theils ohne Debatte, theils nach kurzen Grörterungen. Die nächste Sitzung findet morgen um 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht der Eisenbahntat.

Abg. Dr. Gerlich (freicons.) erörtert die Befreiungen und Schreibereien der Förster durch die socialpolitische Gesetzgebung. Der Minister

deckt, was ein Licht auf den dunklen Vorfall hätte werfen können.

Isabella Terris' Leben schien frei von aller Romantik gewesen zu sein. Sie war in einem Waisenhaus erzogen worden, und seitdem sie es verlassen, Lehrerin an verschiedenen Schulen gewesen. Ihre Ferien hatte sie, mit einer einzigen Ausnahme, entweder in der Anstalt, an der sie gerade angestellt war, verbracht, oder sie hatte in irgend einer Familie ein Ferien-Engagement angenommen. Die eine Ausnahme bildeten sechs Wochen, die sie in einem abgeschiedenen Dorfe in Wales verlebt, aber hier hatte sie ancheinend mit niemand gesprochen und ihre Zeit dazu benutzt, Skizzen nach der Natur zu entwerfen. Sie war eine strenge, unschöne Person, der niemand weichere Regungen zugetraut hatte, und es lagen Beweise vor, daß sie in ihrer frühesten Jugend dieselbe gewesen wie in reiferem Alter. Wer war der Mann, der am Abend vor ihrem Tode mit ihr zusammen gewesen? Wessen Schriftzüge trug der Briefbogen, der in ihrer Tasche gefunden worden war?

Niemand vermochte diese Fragen zu beantworten. Daß der Mensch, der an jenem Abend an ihrer Seite gewesen, und der Schreiber des Briefes identisch waren, wurde fast als Gewißheit angesehen; und daß der Mann, den Bettie mit ihr zusammen gesehen, der Mörder wäre, stand ebenso unumstößlich fest — wenn nicht in den Augen der betreffenden Behörden, doch jedenfalls bei Bettie und ihren Schul-

gefährten.

Während der wenigen Tage, die Bettie noch in der Pension verlebte, wurde sie wie eine Heldin angestaunt, aber eine Woche nach dem traurigen Vorfall wurde sie durch eine Depesche nach Hause gerufen, in Folge der schweren Erkrankung ihrer Mutter, und verließ Madame de Bracieux's Anstalt, um nie wieder dahin zurückzukehren. (Fortsetzung folgt.)

möge dafür sorgen, daß die Förster aus den Schreibstuben mehr in den Wald kämen. Wenn die ganze sozialpolitische Gesetzgebung aufgehoben würde, würde dem Lande daraus kein Schaden entstehen.

Abg. v. Schalissa, Dr. Gerlich, v. Tiedemann und v. Erffa erörtern die Nützlichkeit größerer Aufstürmungen, namentlich im Quellgebiet der Flüsse.

Landwirtschaftsminister v. Hammerstein bezeichnet diese Frage als sehr beachtenswerth. Die Regierung verfolge diese Angelegenheit schon länger und werde bei geeigneter Zeit für Berücksichtigung in der Gesetzgebung Sorge tragen.

Beim Stat der Lotterieverwaltung spricht

Abg. Dr. Arendt (freicons.) den Wunsch nach Errichtung einer Reichslotterie und Abschaffung der Landeslotterien oder wenigstens Beseitigung der Strafbarkeit des Spielens in Lotterien der Einzelstaaten aus.

Vom Regierungstisch erfolgt hierauf keine Antwort. Es folgt die Beratung des Staats der Seehandlung.

Abg. Dr. v. Woyna (freicons.) regt an, ob man nicht die Seehandlung zu einer Centralstelle für das Sparkassenwesen umwandeln und sie nicht nur dem Real-, sondern auch dem Personalcredit eröffnen könne. Die Seehandlung sei dazu das geeignete Staatsinstitut.

Generaldirector der direcen Steuern Burghart spricht sich gegen diese Anregung aus. Die Seehandlung hat die Aufgabe, Realcredite zu gewähren, ist aber nach Lage ihrer Organisation nicht im Stande, die Creditfähigkeit einzelner Personen zu prüfen. Sie gewährt nur auf kurze Zeit und gegen volle Sicherheit, d. h. gegen Hinterlegung von guten Papieren oder Wechseln Credit.

Finanzminister Dr. Miquel gibt ebenfalls die Erklärung ab, daß die Seehandlung nicht als Centralstelle für das Sparkassenwesen angesehen werden können. Eine Reform sei erwünscht. Eine einheitliche Regelung des gesamten Sparkassenwesens könnte nicht länger aufgehoben werden, ebenso eine Reform des landwirtschaftlichen Creditwesens, durch welche der ländlichen Bevölkerung das Schwanken des Zinsfußes besser zu gute käme. Hierzu bedürfte es einer vollkommenen Organisation und dazu genügte die gegenwärtige Einrichtung der Seehandlung nicht.

Bei dem Stat „Archivverwaltung“ befürworten die Abgg. Krause und Richter eine bessere Bevoldung der Archivbeamten.

Regierungs-Commissar Geheimrath Lehner sagt, daß Erörterungen darüber bereits schwelen. Schluss: 3 Uhr.

## Enthüllungen über Casimir-Periers Rücktritt.

Das „Journal de Rouen“ bringt zur Vor geschichte der Demission Casimir-Periers und über dessen Zukunftspläne eine Reihe von Enthüllungen, die aus guter Quelle zu sein scheinen und zum Theile bereits ihre Bestätigung gefunden haben. Der Hauptgrund der Demission, heißt es in diesen Enthüllungen, sei der gewesen, daß die Minister ihr Spiel damit trieben, ihm jede Auskunft über die Amtsgeschäfte zu verweigern. Der Minister des Auswärtigen verhinderte, ihm Depeschen über Fragen vorzulegen, die er (Casimir-Perier) schon vor diesem eingesetzt hatte und der Minister nicht beurtheilte das Vorgehen mit vor schlägen, vorgelegt in Namen Casimir-Periers, ohne daß der leitere von den vorgeschlagenen Maßnahmen Kenntnis gehabt hätte. Eines Tages war Casimir-Perier überrascht, in einem Journale die offizielle Liste von Ordensverleihungen veröffentlicht zu sehen, ohne daß das bezügliche Decret seiner Signatur unterbreitet worden wäre. Ein anderes Mal veröffentlichte dasselbe Journal Präfector-Personalveränderungen, aber diesmal verweigerte der Präsident, die vom Ministerium des Innern getroffenen Entscheidungen zu signieren. Seit diesen Vorgängen sah Casimir-Perier den Entschluß, zu demissionieren, ohne jemanden um Rath zu fragen. Hierzu kam noch das zweideutige Spiel der Reactionären, welches darauf abzielte, seinen Republikanismus zu verdächtigen, schließlich die täglichen Angriffe der Presse. Als er seinen Entschluß mehreren politischen Persönlichkeiten mitteilte, war derselbe unwiderstehlich und seine Familie erfuhr das Ereignis in dem Augenblieke, als es sich vollzog.

Herr und Frau Casimir-Perier bereiten sich mit ihrer Tochter vor, einen Monat im Süden zu verbringen. Nichts gestattet die Voraussetzung, daß der ehemalige Präsident seine Muße ausnützen will, um eine sensationelle Broschüre zu schreiben, von der man gesprochen hat. Er wünscht sich zu zerstreuen und Zurückhaltung aufzuerlegen. Aber wenn es jenen, deren Pläne er durch seinen plötzlichen Rücktritt stört, befallen sollte, ihn demütigen zu wollen, wird die Entgegnung nicht auf sich warten lassen und hart sein. Wenn sich nichts Ähnliches ereignet, ist es wahrscheinlich, daß Casimir-Perier nach dem Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode mit Unterstützung seiner treuen Wähler von Pont seinen Deputirtenstuhl wieder einnehmen werde. In der neuen Kammer werde seine Rolle nicht mehr die alte sein; aber ein Mann, der auf kein Portefeuille mehr aspiriert, der Ministerpräsident und Präsident der Republik gewesen ist, könnte sich immer durch seine Erfahrung und sein Talent einen Platz machen.

In theilweiser Bestätigung dieser Enthüllungen bemerkter der „Temps“: Die wichtigen Vorlagen des Finanzministers, betreffend die Erbssteuer- und Getränkesteuerreform, wurden im Namen Casimir-Periers in Druck gelegt und vertheilt, ohne daß Herr Casimir-Perier je vorher die Vorlagen zu Gesicht bekommen hätte. In auswärtigen Angelegenheiten und namentlich in jenen des Kriegsministeriums war der ehemalige Präsident der Republik gleichfalls über wichtige und sogar beträchtliche Fragen in Unkenntniß gelassen worden.

Aber so ernstlich auch diese Motive sind, hätten sie allein nicht genug, Casimir-Perier zum Rücktritt zu bewegen. Wir glauben vielmehr, daß er diese Motive unter den gegenwärtigen Umständen nicht veröffentlicht wissen möchte. Andere höhere Erwägungen, nicht Erwägungen, welche sich an Personen, sondern solche, die sich an die allgemeine Politik knüpfen, haben auf Herrn Casimir-Perier eingewirkt und namentlich sind es diese, welche er in der ihm geeigneten erscheinenden Stunde bekannt zu geben sich vorbehält.

## Deutschland.

Berlin, 6. Februar. Im Stat des Reichsamts des Innern für das nächste Jahr befindet sich eine Forderung von 20 000 Mk. zur Unterstützung des Germanischen Lloyd, welche bisher aus

Dispositionsfonds gewährt worden ist. Die Forderung wird damit begründet, daß die Förderung einer deutschen Schiffss-Classificationsanstalt, der die Überwachung der Seetüchtigkeit der Schiffe u. s. w. obliegt, bewecke, die deutschen Kaufahrtschiffe von den Bauvorschriften der ausländischen Anstalten dieser Art unabhängig zu machen. Überdies habe die Reichsverwaltung an der Erhaltung und Entwicklung einer deutschen Anstalt ein besonderes eigenes Interesse, da die Subventionsverträge mit dem Norddeutschen Lloyd und der deutschen Ostafrika-Linie vorstrebten, daß die Reichspostdampfer zur höchsten Klasse beim Germanischen Lloyd zu klassificiren sind.

Wenn die „N. A. 3.“ den Versuch macht, den Untergang der „Elbe“ zur Unterhaltung der Staatsförderung zu verwerthen, weil durch Bewilligung der Summe „verstärkte Bürgschaft für die denkbare mögliche Verlust von Seefällen“ gewonnen werde, und darauf hinweist, daß die „Elbe“ im Jahre 1881 auf einer Werft in Glasgow gebaut sei, so ist das nicht nur überflüssig, weil der Reichstag dieser Ermahnung nicht bedarf, sondern auch bedenklich, weil dadurch ohne jeden sachlichen Anhalt Zweifel an der Seetüchtigkeit der „Elbe“ wachgerufen werden. Ob derartige Institutionen im Interesse des „Germ. Lloyd“ liegen, ist doch zweifelhaft. Wenn die „N. A. 3.“ darauf hinweist, daß die 20 000 Mk. bestimmt seien, ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten der beiden in Betracht kommenden Anstalten, des „Germ. Lloyd“ und der Seefallverhütungs-Berufsgenossenschaft, zu ermöglichen, so muß man constatiren, daß in der Begründung der Position im Stat diese Seite der Sache nicht berührt ist.

Die dem Reichstage zugegangene Novelle zu dem Gesetz betr. die Gebühren und Kosten bei den Consulaten des Reiches enthält lediglich die Bestimmung, daß der § 8 des Gesetzes von 1872 aufgehoben wird, d. h. die Vorschrift, daß für die mit Gerichtsbarkeit versehenen Consuln der dem Gesetz vom 25. Juni 1865 über die Gerichtsbarkeit der preußischen Consuln angehängte Tarif vom 24. Oktober 1865 soweit in Kraft bleibe, als es sich um Amtsgeschäfte handelt, für welche der Tarif des Gesetzes von 1872 keine Ansäße enthält.

Bei der Begründung der Interpellation betr. den Schutz der Deutschen im Auslande hat bekanntlich der Abg. Hesse eines der Hauptaktionen des „Alldeutschen Verbandes“ gegen das Auswärtige Amt, die Lage der deutschen Ansiedler in Syrien, mit der Erklärung abgethan, der Abgeordnete Siegle werde bei der Staatsberatung darauf näher eingehen. Gegenüber einer Mittheilung der „Halleischen Zeitung“, Ihr. v. Marschall halte jetzt enge Führung mit der Verbandsleitung, um das dem Verband zur Verfügung gestellte Material möglichst berücksichtigen zu können, behaupten die „Berl. N. Nachr.“, diese Führung sei schon vor der Erörterung der Interpellation Hesse im Reichstage dadurch herbeigeführt worden, daß der Staatssekretär des Auswärtigen den Interpellanten, den Herrn Peyer, preisgegeben habe; dafür sei aus der Debatte (die bekanntlich nicht stattfand) die Discussion der sprischen Angelegenheit ausgeschieden. Wer Recht hat, die „Berl. N. Nachr.“ oder die „Halleische Zeitg.“, wird sich ja bald herausstellen, d. h. sobald der Stat des Auswärtigen Amtes im Reichstage zur Beratung kommt, was, wie es scheint, noch eine Weile dauern wird.

Berlin, 6. Februar. Der heutige Bau im Gewölbe, welcher um 8/9 Uhr seinen Anfang nimmt, führt nach der Hof-Ansage den offiziellen Titel: „Kleiner Ball bei Ihren Majestäten“, eine Bezeichnung, die gewählt ist, weil zu ihm, dem zweiten Schloßball, Einladungen nur in der beschränkten Zahl erlassen werden, wie sie unter der Regierung Kaiser Wilhelms I. üblich war. Abgehalten wird auch dieser Ball im Weißen Saale des Schlosses.

\* [Herrn v. Hammersteins Pandorabüchse.] Der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein-Lotzen hat in einer seiner Reden vom Montag nach dem amtlichen Bericht des „Reichsanz.“ wörtlich folgende Äußerung gemacht:

Bei den Verhandlungen sind von den verschiedenen Rednern bei einzelnen Positionen Wünsche zur Verstärkung des Staats ausgegesprochen worden. Mir, meine Herren, könnte das außerordentlich bequem sein, wenn ich in die Lage versetzt würde, wie das Mädchen aus der Fremde im Lande mit einer Pandorabüchse umherzugehen und allen Landwirthen Gaben zuzuteilen.

Dazu bemerkt die „Doss. 3tg.“: „Dass das Mädchen aus der Fremde allerlei Blumen und Früchte mitzubringen pflegt, wußte man schon; daß es sie aber in einer Pandorabüchse trägt, ist neu. Da nun diese Büchse der Sage nach immer Uebel für die Menschheit enthält, so scheint Herr v. Hammerstein durch seine kühne Redewendung sinnig andeuten zu wollen, daß neue Liebesgaben nur der Landwirtschaft Unheil bringen können.“

\* [Prof. Pechuel-Loesche] in Jena hat einen Ruf nach Erlangen angenommen.

\* [Der Gastwirthsverband und die Pilsener Brauereien.] Dem Vernehmen der „Hall. 3tg.“ nach haben die Pilsener Brauereien, dem Drängen der tschechischen Propaganda folgend, sämlichen deutschen Arbeitern gekündigt und beschäftigen jetzt nur noch tschechische Arbeiter. Wie verlautet, wollen die deutschen Gastwirthsverbände demnächst zu dieser Thatsache Stellung nehmen, und das deutsche Publikum wird, wenn sich diese Mittheilung bestätigt, höchstens ebenfalls seine Haltung darnach einjurichten wissen.

Frankfurt a. M., 5. Februar. Die Stadtverordneten beschlossen mit 29 gegen 23 Stimmen die Eingemeindung Brockenheims.

## England.

London, 5. Februar. Im Oberhause erklärte der Premierminister Lord Rosebery hinstattlich Armeniens, erwies sich die Gerüchte über die Greuel als begründet, dann müssten die wärmsten Sympathien den christlichen Mitmenschen in Kleinasien zu Theil werden, und des weiteren, falls die Gerüchte wahr seien, so wäre es nicht möglich, daß der Zustand jener christlichen Bevölkerung der jetzige bleibe. Lord Rosebery ging sodann auf die Oberhaus-Frage über und führte aus, die Regierung halte an der Ansicht fest, daß der jetzige Zustand gefährlich und der verfassungsmäßige Weg zur Behandlung der Frage der durch eine Resolution im Unterhause sei. Allein die sofortige Einbringung einer solchen Resolution sei weder nötig noch zweckmäßig, da ihr die Auflösung des Parlaments folgen müßte und die Regierung zuerst, um ihre Zusagen zu erfüllen, die verschiedenen von ihr eingebrochenen Vorlagen durchführen wolle.

(W. L.)

## Italien.

Rom, 5. Februar. Der König sandte dem Brigade-General Baratieri eine Depesche, in welcher er demselben die Ernennung zum Divisions-General anzeigt. Der König fügt hinzu, er wolle durch die außerordentliche Förderung seine und der Nation Dankbarkeit ausdrücken für den Ruhm, den Baratieri durch die Siege in Afrika für das Vaterland und die italienische Armee erworben habe. (W. L.)

## Colonial.

\* [Wishmann — Gouverneur von Ostafrika.] Es verlautet, daß Major v. Wishmann für den Gouverneurposten in Deutsch-Ostafrika in Aussicht genommen sei und möglicher Weise schon in nächster Zeit diese Stellung antreten werde. Ob es sich um mehr als um eine Combination bei dieser Mittheilung handelt, bleibt dahingestellt.

## Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

### Zum Untergang der „Elbe“.

Posen, 6. Februar. Der Sohn und Schwiegersohn der Lehrerwitwe Gross in Wongrowitz haben beim Untergang der „Elbe“ das Leben verloren.

Löwenstorf, 6. Februar. Die Schmack „Paradise“ brachte heute die Leiche eines Offiziers der „Elbe“ hierher. Bei derselben aufgefundenen Papieren lassen vermuthen, daß es sich um die Leiche des Musikdirectors Fritz Hartmann oder des Oberstewards h. Pichsunder handelt. Der Agent des „Norddeutschen Lloyd“ sowie der deutsche Consul neigen der letzteren Ansicht zu. Bei der Leiche wurden an Hartmann adressirte Briefe gefunden. Täglich werden zahlreiche Trümmer der „Elbe“ aufgefunden. Bei Southwold wurde die Leiche einer Dame an den Strand geworfen.

London, 6. Februar. Der „Norddeutsche Lloyd“ hat einhundert Pfund Sterling zur Belohnung des Capitäns und der Mannschaft des „Wildflower“ angewiesen.

Berlin, 6. Februar. Der Kaiser hat Dr. Karl Peters zur Audienz nach Berlin entboten.

Der Präsident v. Levetzow berief heute den Seniorenconvent des Reichstages zur Besprechung des Planes, für die Familien der auf der „Elbe“ Verunglückten in der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes ein Concert zu veranstalten. Der Seniorenconvent erklärte sich damit einverstanden, daß der Reichstag zu diesem Zwecke dem Comité, dessen Vorsitzender bekanntlich Staatsminister v. Bötticher ist, zur Verfügung gestellt werde.

Der Kaiser ließ am 200jährigen Sterntage Derslängers ein Palmenarrangement an dessen Grabdenkmal in Gusow niederlegen.

Die „Post“ heißt mit: Die von Deutschland, England und Amerika eingesetzte Kommission für Samoa hat ihre Arbeiten beendet. Die deutschen Ansprüche sind fast durchweg anerkannt worden, während die hohen Forderungen der Engländer und Amerikaner nur in den bescheidenen Grenzen Berücksichtigung erfahren konnten. Das den Deutschen zugespochene Terrain ist weit cultursächer als die den Engländern und Amerikanern zugespochenen Gebiete.

Gegenüber der Meldung der „Doss. 3tg.“ über den Gesetzentwurf der Börsenreform hätten sämliche preußische Minister ihr Gutachten abgegeben, erfährt die „Nordd. Allg. 3tg.“, daß dies nicht zutreffend ist. Daraus würde folgen, daß dann auch die weiteren Angaben des Blattes über die Stellungnahme des Staatsministeriums zur Börsenreformfrage verfrüht sind.

Der „Nordd. Allg. 3tg.“ zufolge ist eine Bestimmung über den Zeitpunkt der Einberufung des Staatsräths noch nicht getroffen worden.

Die bisher in Ruhland verbotene „Kön. Volkszeitung“ wurde auf Gesuch des Verlegers zugelassen.

Der Cigarrenarbeiter Franz Rosenfeld ist wegen Majestätsbeleidigung, auf offener Straße begangen, zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt worden. Der Staatsanwalt hatte 1½ Jahre Gefängnis beantragt.

Der Pseudograf Lowczynski ist heute ausgewiesen worden.

Die „Kreuzzeitung“ erklärt, die Conservativen und der Bund der Landwirthe im Wahlkreis Olecko-Lych-Johannisburg würden für den Oberpräsidenten Grafen Stolberg nur stimmen, wenn er sich auf das Tivoli-Programm und den Antrag Ranitz verpflichtet.

In der gestern Abend hier abgehaltenen antisemitischen Versammlung (cf. Telegramm in der gestrigen Abendnummer) sprach auch Dr. Böckel und richtete die schärfsten persönlichen Angriffe besonders gegen Liebermann v. Sonnenberg.

Uebrigens haben Dr. Böckel und Ahlwardt im Reichstage jetzt ihre Plätze neben Sigl eingenommen.

Steinrich, 6. Februar. Wegen andauernd ungünstiger Geschäftslage verschiedener österreichischer Gruben sind zahlreiche Arbeiterentlassungen erfolgt.

Warnemünde, 6. Februar. Drei bejahrte Fischer, Roschlaub, Meincke und Freitag, sind auf offener See vom Schneesturm überragt und ertrunken. Gämmlische sind verheirathet und hinterlassen starke, hilfsbedürftige Familien.

Montceau-les-Mines, 6. Februar. Die genauen Zahl der umgekommenen Personen bei der Explosion in der Grube St. Eugenie beträgt 28, wovon 21 geborgen sind. Verwundet sind 8 Per-

sonen. Die Getöteten wurden heute Vormittag unter großer Beihilfe beerdig. Der Arbeitsminister hielt eine Rede zum Gedächtnis der Verunglückten, die auf dem Felde der Ehre gefallen seien, und erklärte, die Regierung werde die Angehörigen nicht im Stiche lassen.

Abonnement auf diese 2mal täglich erscheinende Zeitung (ohne Handelsblatt) für Februar und März.

Mk. 1,40

durch die Post 1,50; (mit Handelsblatt 2,40, durch die Post 2,50 Mk.)

## Danzig, 7. Februar.

\* [Scharfschießen nach See.] Von Dienstag, den 12. d. Ms., bis einschließlich Donnerstag, den 14. d. Ms., findet seitens des 1. Bataillons des Grenadier-Regiments König Friedrich I. (4. ostpreußisches Nr. 5) von Morgens 8 Uhr an bis zum Dunkelwerden im Gelände zwischen Weidelsmünde und der Heubuder Forst ein Schießen mit scharfer Munition und Richtung nach See statt. Während des Schießens ist jede Annäherung an das bezeichnete Gelände, sowie an den gefährdeten Theil der See verboten.

\* [Provinzial-Ausschuß.] Der westpreußische Provinzial-Ausschuß hat gestern Nachmittag gegen 3 Uhr seine diesmalige Sitzung beendet. Die meisten der Verhandlungspunkte beugen sich auf Vorlagen für den am 5. März beginnenden Provinzial-Landtag.

\* [Kirchencollecte.] Auf Grund eines von dem hiesigen Consistorium in Gemeinschaft mit dem Vorstand der Provinzial-Synode gefassten Beschlusses ist die Wahl des Tages der Einführung der Kirchencollecte für arme Studirende der Theologie nicht mehr, wie früher, den Geistlichen überlassen, sondern innerhalb der Provinz Westpreußen die Einführung allgemein jährlich am ersten Sonntag im Monat März abzuhalten.

\* [Westpr. Provinzialmuseum.] Dem Jahresbericht des Directors unseres Provinzialmuseums entnehmen wir ferner Folgendes:

Bei der hohen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung, welche einer möglichst genauen Kenntnis des Untergrundes unserer Provinz zukommt, ist im Museum schon lange eine Sammlung von Bohrregistern und Bodenproben aus dem im Gebiet ausgeführten Tiefbohrungen angelegt. Die Gelegenheit zur Vergrößerung dieser Sammlung ist jetzt gerade günstig, weil man in Folge mehrmaligen Vordringens der Cholera an sehr vielen Orten befreit ist, Brunnen zu Gewinnung eines einwandfreien Trinkwassers zu bauen. Nachdem bereits früher von verschiedenen Seiten größere Folgen von Bohrproben eingefandt waren, haben in diesem Jahre Behörden und Private von neuem die diesseitigen Bestrebungen unterstellt. Es überwiegen: das königl. Eisenbahn-Betriebsamt Danzig eine Suite von 143 Bohrproben aus der auf dem Bahnhof Liegenhof ausgeführten Tiefbohrung, die bis zu



Gewinne I. Klasse:

1 à 40 000	= 40 000
1 - 30 000	= 30 000
1 - 20 000	= 20 000
1 - 15 000	= 15 000
1 - 10 000	= 10 000
2 - 5 000	= 10 000
3 - 4 000	= 12 000
5 - 3 000	= 15 000
5 - 2 000	= 10 000
10 - 1 000	= 10 000
30 - 500	= 15 000
40 - 300	= 12 000
100 - 200	= 20 000
200 - 100	= 20 000
400 - 50	= 20 000
3200 - 40	= 128 000

4000 Gewinne = Mk. 387000

# Grosse Trier Geld-Lotterie

110 000 Loose, 17 265 Gewinne ohne Abzug zahlbar.

I. Ziehung in Berlin am 14. und 15. Februar er.

Hierzu offerre und versende

## Original-Loose I. Klasse

1/1 1/2 1/4 1/8

M. 22,40 11,20 5,60 2,80

II. Klasse findet bei mir z. amtlichen Preise statt u. zwar:

1/1 M. 17,60, 1/2 8,80 1/4 4,40, 1/8 2,20.

Voll-Loose für beide Klassen giltig.

1/1 1/2 1/4 1/8

M. 40 20 10 5

Porto und Liste für beide Klassen 50 Pf.

Bank- und Lotterie-

Geschäft,

Berlin NW.,

Flensburgerstr. 7

(bisher Spandauerbrücke 16).

Filiale und Haupt-Expedition:

D. Lewin, Neustrelitz.

Reichsbank-Giro-Conto.

Telegr.-Adr. für Berlin und Neustrelitz: „Goldquelle“.

Amtlicher Plan auf Wunsch gratis und franco.

Gewinne II. Klasse:

1 Prämie = 300 000

1 à 200 000 = 200 000

1 - 100 000 = 100 000

1 - 50 000 = 50 000

1 - 25 000 = 25 000

1 - 15 000 = 15 000

2 - 10 000 = 20 000

3 - 5 000 = 15 000

5 - 3 000 = 15 000

10 - 2 000 = 20 000

40 - 1 000 = 40 000

100 - 500 = 50 000

200 - 300 = 60 000

400 - 100 = 100 000

3200 - 40 = 570 000

13265 Gw. u. 1 Präm. = M. 1680000

Welcher von den ersten 25 Hauptgewinnen zuletzt gezogen wird, erhält auch die Prämie von 300 000 Mark.

Restaurant H. Steinmacher,

Hundegasse 125.

Donnerstag, den 7. Februar cr.

Zweites großes

Bockbier-

Fest

mit diversen Überraschungen.

Bock-Rappen gratis!

Abends von 7 Uhr ab:

CONCERT.

Ausdruck des vorläufigen Bock-

bieres aus der Paul Fischer'schen

Brauerei.

Um zahlreichen Besuch bitten

H. Steinmacher.

Kaffeehaus zur halben Allee.

Seven Donnerstag und Freitag:

ff. Waffen.

2622) Dr. Rothanski.

Ein anständiges Mädchen bietet

die Herrschaften um ein Darlehen

von 100 M gegen pünktliche

Rückzahlung. Adressen unter 2619

in der Exped. dieser Zeitg. erbeten.

Gestern Abend 11½ Uhr verschied plötzlich in Folge Herzschlages mein teurer, innig geliebter Sohn, unser guter, unvergleichlicher Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Königl. Justizrat a. D., Ritter pp.

Eugen Pickering

im fast vollendeten 70. Lebensjahr. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

die tief gebeugte Gattin

Margarethe Pickering, geb. Doering. (2623)

Groß Gemlin per Dr. Stargardt, den 6. Februar 1895.

Gestern Abend 6¾ Uhr starb nach langem Leid unsere geliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter, die verwitwete Werkmeisterin Frau

Fr. Wilh. Siegler

im soeben vollendeten 70. Lebensjahr, welches Freunden und Bekannten tierbetrübt anzeigen

Danzig, 6. Februar 1895.

Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 9. Februar abends 10 Uhr, vom Trauerhause aus auf dem Kirchhof zur Königlichen Kapelle statt.

(2610)

Für die vielen Beweise austrichtiger Freundschaft und Teilnahme bei dem uns betroffenen Schmerzen Berlins, sagen wir allen lieben Freunden und Bekannten unsern aufrichtigsten Dank.

Danzig, den 6. Februar 1895.

A. Steiniger und Frau, geb. Goldbach.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Bankiers Johannes Rudolf Barth zu Danzig (in Firma Johs. Barth) wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Danzig, den 2. Februar 1895.

Königliches Amtsgericht XI.

Unterricht.

Zärtliche Conversations-Stunde bei einem geborenen Franzosen erwünscht. Öfferten mit Honorar-Anträgen unter 2596 an die Exped. d. Ztg. zu richten.

Vermischtes.

Dill- u. Genfgerken empfiehlt Joh. Wedhorn, Vorst. Graben Nr. 4/5.

Gespickte Hasen!

Nur noch kurze Zeit.

C. Koch, Wildhandlung.

Wildhandlung.

Junge zahme Enten, Döbel, Fasen, Rücken, Hasel-, Birkhühner, Suppenhühner. (2613)

C. Koch, Gr. Wollweberg. 26.

Theilhabergefuch.

Zur Verarbeitung und maßlichen Einrichtung eines in der Nähe Danzigs auf eingeführten Geschäft wird ein stiller Theilhaber mit M. 10—15 000 gelucht. Gef. Öfferten unter 2613 in der Exped. dieser Ztg. erbeten.

An- u. Verkauf.

8 Holländer

Rühe

(importiert) sofort zu verkaufen, Rock, Hotel, Kronprinzen, Dirschau.

Auctionen!

Auction

im Geschäftslokal Schmiedegasse Nr. 9. Donnerstag, den 7. Februar cr., Mittags 12 Uhr, werde ich im Wege der Zwangsvollstreckung:

Diverse Bernsteinwaren, darunter 7 Broche und Boutons, 45 Broche, 11 Rämme, 5 Ketten, 9 Armbänder, 12 Boutons und 1 Stück rohen Bernstein, sowie 10 Glashäfen.

Öffentlich meßblättert gegen sofortige baare Zahlung versteigern.

Stützer, Gerichtsvollzieher.

Stellensuchende jeden Berufs plärrt schnell Neut. Bureau, Dresden, Permoserstraße 6. (1673)

Reims, den 1. Februar 1895.

Monopole

für Schaumwein, auf Grund des neuen Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894, zur Eintragung in die Zeichenrolle gebracht hat.

Diese Eintragung ist veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger No. 26 vom 29. Januar 1895.

Auf Grund des hiermit erlangten Schutzes, wird von der ferneren Benutzung des Wortes Monopole für Schaumwein aller Art oder Herkommung unter Hinweis auf die im § 14 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 angedrohten Strafen hierdurch gewarnt, da jeder Missbrauch in Zukunft unannehmlich verfolgt werden wird.

Reims, den 1. Februar 1895. (2592)

Monopole

für Schaumwein, auf Grund des neuen Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894, zur Eintragung in die Zeichenrolle gebracht hat.

Diese Eintragung ist veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger No. 26 vom 29. Januar 1895.

Auf Grund des hiermit erlangten Schutzes, wird von der ferneren Benutzung des Wortes Monopole für Schaumwein aller Art oder Herkommung unter Hinweis auf die im § 14 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 angedrohten Strafen hierdurch gewarnt, da jeder Missbrauch in Zukunft unannehmlich verfolgt werden wird.

Reims, den 1. Februar 1895. (2592)

Monopole

für Schaumwein, auf Grund des neuen Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894, zur Eintragung in die Zeichenrolle gebracht hat.

Diese Eintragung ist veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger No. 26 vom 29. Januar 1895.

Auf Grund des hiermit erlangten Schutzes, wird von der ferneren Benutzung des Wortes Monopole für Schaumwein aller Art oder Herkommung unter Hinweis auf die im § 14 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 angedrohten Strafen hierdurch gewarnt, da jeder Missbrauch in Zukunft unannehmlich verfolgt werden wird.

Reims, den 1. Februar 1895. (2592)

Monopole

für Schaumwein, auf Grund des neuen Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894, zur Eintragung in die Zeichenrolle gebracht hat.

Diese Eintragung ist veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger No. 26 vom 29. Januar 1895.

Auf Grund des hiermit erlangten Schutzes, wird von der ferneren Benutzung des Wortes Monopole für Schaumwein aller Art oder Herkommung unter Hinweis auf die im § 14 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 angedrohten Strafen hierdurch gewarnt, da jeder Missbrauch in Zukunft unannehmlich verfolgt werden wird.

Reims, den 1. Februar 1895. (2592)

Monopole

für Schaumwein, auf Grund des neuen Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894, zur Eintragung in die Zeichenrolle gebracht hat.

Diese Eintragung ist veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger No. 26 vom 29. Januar 1895.

Auf Grund des hiermit erlangten Schutzes, wird von der ferneren Benutzung des Wortes Monopole für Schaumwein aller Art oder Herkommung unter Hinweis auf die im § 14 des